

BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS

Lehrplan für die Berufsschule und Berufsfachschule

Unterrichtsfach: Sozialkunde

Jahrgangsstufen 10 – 12

Stand : Juni 2004

Der Lehrplan wurde mit KMBek vom 15. Juni 2004 Nr. VII.7-5S9410.7-7.52095 in Kraft gesetzt. Er gilt für die Jahrgangsstufe 10 mit Beginn des Schuljahres 2004/2005, für die Jahrgangsstufe 11 mit Beginn des Schuljahres 2005/2006 und für die Jahrgangsstufe 12 mit Beginn des Schuljahres 2006/2007. Sofern Schulen den Unterricht in Klassen der Jahrgangsstufe 11 und 12 bereits im Schuljahr 2004/2005 auf freiwilliger Basis nach dem neuen Lehrplan erteilen möchten, bestehen dagegen keine Einwände.

Herausgeber:

Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung, Schellingstr. 155, 80797 München, Telefon 089/2170-2211, Telefax 089/2170-2215
Internet: www.isb.bayern.de

Herstellung und Vertrieb:

Offsetdruckerei + Verlag Alfred Hintermaier, Inh. Bernhard Hintermaier, Nailastr. 5, 81737 München, Telefon 089/6242970, Telefax 089/6518910
E-Mail: shop@hintermaier-druck.de

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
EINFÜHRUNG	
1 Bildungs- und Erziehungsauftrag der Berufsschule und Berufsfachschule	1
2 Rechtliche Rahmenbedingungen und Studentafel	2
3 Leitgedanken für den Unterricht an der Berufsschule und Berufsfachschule	2
4 Aufbau des Lehrplans, Verbindlichkeit, Organisatorisches	3
5 Übersicht über das Fach und die Lerngebiete	5
LEHRPLAN	
Jahrgangsstufe 10	6
Jahrgangsstufe 11	14
Jahrgangsstufe 12	20
ANHANG	
Mitglieder der Lehrplankommission	24

EINFÜHRUNG

1 Bildungs- und Erziehungsauftrag der Berufsschule und Berufsfachschule

Die Berufsschule hat gemäß Art. 11 Bay EUG die Aufgabe, den Schülerinnen und Schülern berufliche und allgemein bildende Lerninhalte unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen der Berufsausbildung zu vermitteln. Die Berufsschule und die Ausbildungsbetriebe erfüllen dabei in der dualen Berufsausbildung einen gemeinsamen Bildungsauftrag.

Die Berufsfachschule ist gemäß Art. 13 Bay EUG eine Schule, die, ohne eine Berufsausbildung vorauszusetzen, der Vorbereitung auf eine Berufstätigkeit oder der Berufsausbildung dient und die Allgemeinbildung fördert.

Die Aufgabe der Berufsschule und Berufsfachschule konkretisiert sich in den Zielen,

- eine Berufsfähigkeit zu vermitteln, die Fachkompetenz mit allgemeinen Fähigkeiten methodischer und sozialer Art verbindet;
- berufliche Flexibilität zur Bewältigung der sich wandelnden Anforderungen in Arbeitswelt und Gesellschaft auch im Hinblick auf das Zusammenwachsen Europas zu entwickeln;
- die Bereitschaft zur beruflichen Fort- und Weiterbildung zu wecken;
- die Fähigkeit und Bereitschaft zu fördern, bei der individuellen Lebensgestaltung und im öffentlichen Leben verantwortungsbewusst zu handeln.

Zur Erreichung dieser Ziele muss die Berufsschule und Berufsfachschule

- den Unterricht an einer für ihre Aufgabe spezifischen Pädagogik ausrichten, die Handlungsorientierung betont;
- unter Berücksichtigung notwendiger beruflicher Spezialisierung berufs- und berufsübergreifende Qualifikationen vermitteln;
- ein differenziertes und flexibles Bildungsangebot gewährleisten, um unterschiedlichen Fähigkeiten und Begabungen sowie den jeweiligen Erfordernissen der Arbeitswelt und der Gesellschaft gerecht zu werden;
- auf die mit Berufsausübung und privater Lebensführung verbundenen Umweltbedrohungen und Unfallgefahren hinweisen und Möglichkeiten zu ihrer Vermeidung bzw. Verminderung aufzeigen.

Die Berufsschule und Berufsfachschule soll darüber hinaus im allgemein bildenden Unterricht, und soweit es im Rahmen berufsbezogenen Unterrichts möglich ist, auf die Kernprobleme unserer Zeit eingehen, wie z. B.

- Arbeit und Arbeitslosigkeit,
- friedliches Zusammenleben von Menschen, Völkern und Kulturen in einer Welt unter Wahrung ihrer jeweiligen kulturellen Identität,
- Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen sowie
- Gewährleistung der Menschenrechte.

2 Rechtliche Rahmenbedingungen und Stundentafel

Dem Lehrplan liegen die Berufsschulordnung vom 19. Juli 1983 (GVBl S. 759, KMBI I S. 605), zuletzt geändert durch Verordnung vom 28. August 2000 (GVBl S. 654, KWMBI I S. 441), sowie die Schulordnungen derjenigen Berufsfachschulen zugrunde, deren Stundentafeln das Fach Sozialkunde vorsehen.

Dem Lehrplan liegen die Stundentafeln für die Berufs- und Berufsfachschulen zugrunde, die in den jeweiligen Lehrplanrichtlinien und Lehrplänen festgelegt sind.

3 Leitgedanken für den Unterricht an der Berufsschule und Berufsfachschule

Lernen hat die Entwicklung der individuellen Persönlichkeit zum Inhalt und zum Ziel. Geplantes schulisches Lernen erstreckt sich dabei auf vier Bereiche:

- Aneignung von bildungsrelevantem Wissen;
- Einüben von manuellen bzw. instrumentellen Fertigkeiten und Anwenden einzelner Arbeitstechniken, aber auch gedanklicher Konzepte;
- produktives Denken und Gestalten, d. h. vor allem selbstständiges Bewältigen berufstypischer Aufgabenstellungen;
- Entwicklung von Wertorientierungen unter besonderer Berücksichtigung berufsethischer Aspekte.

Diese vier Bereiche stellen Schwerpunkte dar, die einen Rahmen für didaktische und methodische Entscheidungen geben. Im konkreten Unterricht werden sie oft ineinander fließen.

Die enge Verknüpfung von Theorie und Praxis ist das grundsätzliche didaktische Anliegen der Berufsausbildung. Für die Berufsfachschule heißt das: Theoretische Grundlagen und Erkenntnisse müssen praxisorientiert vermittelt werden und zum beruflichen Handeln befähigen. Neben der Vermittlung von fachlichen Kenntnissen und der Einübung von Fertigkeiten sind im Unterricht verstärkt überfachliche Qualifikationen anzubahnen und zu fördern.

Lernen wird erleichtert, wenn der Zusammenhang zur Berufs- und Lebenspraxis immer wieder deutlich zu erkennen ist. Dabei spielen konkrete Handlungssituationen, aber auch in der Vorstellung oder Simulation vollzogene Operationen sowie das gedankliche Nachvollziehen und Bewerten von Handlungen eine wichtige Rolle. Methoden, die Handlungskompetenz unmittelbar fördern, sind besonders geeignet und sollten deshalb in der Unterrichtsplanung angemessen berücksichtigt werden. Handlungskompetenz wird verstanden als die Bereitschaft und Fähigkeit des Einzelnen, sich in gesellschaftlichen, beruflichen und privaten Situationen sachgerecht sowie individuell und sozial verantwortlich zu verhalten.

Handlungsorientierter Unterricht ist ein didaktisches Konzept, das fach- und handlungssystematische Strukturen miteinander verschränkt. Dieses Kon-

zept lässt sich durch unterschiedliche Unterrichtsmethoden verwirklichen.

Im Unterricht ist zu achten auf

- eine sorgfältige und rationelle Arbeitsweise;
- Sparsamkeit beim Ressourceneinsatz;
- die gewissenhafte Beachtung aller Maßnahmen, die der Unfallverhütung und dem Umweltschutz dienen;
- sorgfältigen Umgang mit der deutschen Sprache in Wort und Schrift.

Im Hinblick auf die Fähigkeit, Arbeit selbstständig zu planen, durchzuführen und zu kontrollieren, sind vor allem die bewusste didaktische und methodische Planung des Unterrichts, die fortlaufende Absprache der Lehrer für die einzelnen Fächer bis hin zur gemeinsamen Planung fächerübergreifender Unterrichtseinheiten erforderlich. Darüber hinaus ist im Sinne einer bedarfsgerechten Berufsausbildung eine kontinuierliche personelle, organisatorische und didaktisch-methodische Zusammenarbeit mit den anderen Lernorten sicherzustellen.

In den Fächern des fachtheoretischen Lernbereichs werden Kenntnisse und Einsichten vermittelt, die für das berufliche Handeln wichtig sind. Bei allen Unterrichtsgegenständen kommt es darauf an, ihre Bedeutung für die praktische Arbeit aufzuzeigen.

Der Unterricht in den Fächern des fachpraktischen Lernbereichs vermittelt die für die Berufsausübung notwendigen Fähigkeiten und Fertigkeiten. Dabei steht die Selbsttätigkeit der Schüler im Mittelpunkt. Die Erfahrungen aus der fachpraktischen Ausbildung sollen hier ausgewertet und vertieft werden.

4 Aufbau des Lehrplans, Verbindlichkeit, Organisatorisches

Der Fachlehrplan wird durch ein Fachprofil eingeleitet. Es charakterisiert den Unterricht des betreffenden Fachs im Ganzen, begründet didaktisch-methodische Entscheidungen, inhaltliche Schwerpunktsetzungen sowie ggf. organisatorische Notwendigkeiten und zeigt Verzahnungen zu anderen Fächern auf. Hierauf folgt jeweils eine Übersicht über die Lerngebiete. Die einzelnen Fachlehrpläne enthalten Ziele, Inhalte und Hinweise zum Unterricht.

Die Ziele und Inhalte bilden zusammen mit den Prinzipien des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, der Verfassung des Freistaates Bayern und des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen die verbindliche Grundlage für den Unterricht und die Erziehungsarbeit. Im Rahmen dieser Bindung trifft der Lehrer seine Entscheidungen in pädagogischer Verantwortung.

Die Ziele und Inhalte der Lehrpläne werden in der Reihenfolge behandelt, die sich aus der gegenseitigen Absprache der Lehrkräfte zur Abstimmung des

Unterricht ergibt; die in den Lehrplänen gegebene Reihenfolge innerhalb einer Jahrgangsstufe ist nicht verbindlich. Die Hinweise zum Unterricht sind als Anregungen gedacht.

Auf die bisher übliche Vorgabe von Zeitrichtwerten wurde verzichtet, um die Setzung individueller Schwerpunkte zu ermöglichen, sei es mit Blick auf aktuelle Ereignisse, Entwicklungen und Probleme, sei es mit Blick auf spezifische Interessen der Schülerinnen und Schüler. Der Lehrplan geht von 40 Jahreswochenstunden pro Jahrgangsstufe für das Pflichtprogramm aus, abzüglich eines ausreichenden pädagogischen Freiraums, der insbesondere die Freiheit der Lehrkräfte bei der Planung und Durchführung des Unterrichts im Rahmen der durch die Lernziele ausgedrückten didaktischen Absichten achtet. Die jeweilige Stundenzahl ergibt sich aus der einschlägigen Schulordnung.

Der Lehrplan bietet ein obligatorisches Grundprogramm, das grundlegende Bereiche der politischen Bildung enthält. Die angeführten Beispiele („z. B.“) verstehen sich als Anregungen und sind nicht verbindlich. Die mit * gekennzeichneten und kursiv gesetzten Lernziele, Lerninhalte und Hinweise bieten ein Zusatzprogramm, das herangezogen werden kann, wenn mehr Unterrichtsstunden zur Verfügung stehen, die Inhalte des Grundprogramms bereits aus Vorgängerschulen bekannt sind, in anderen Fächern der Berufsschule behandelt werden oder schneller als erwartet bearbeitet werden konnten.

Sozialkunde ist ein interdisziplinäres Fach. Der Zusammenarbeit mit anderen Fächern wie Deutsch, Religion / Ethik sowie ggf. den Wirtschaftsfächern kommt deshalb eine große Bedeutung zu. Auch um etwaige Überschneidungen und motivationshemmende Wiederholungen zu vermeiden ist ein Abgleich mit den Lerninhalten benachbarter Fächer bzw. gleich gelagerter Lernfeldinhalte vorzunehmen. Entsprechende Hinweise finden sich in der Hinweispalte. Zumal bei wirtschaftlichen, sozialetischen oder religiösen Fragestellungen ist auf eine enge Abstimmung zu achten.

Das Grundgesetz und die Verfassung des Freistaates Bayern stehen allen Schülerinnen und Schülern zur Verfügung. Auf die einschlägigen Artikel ist im Unterricht stets Bezug zu nehmen.

5 Übersicht über das Fach und die Lerngebiete

Jahrgangsstufe 10

- 10.1 Ausbildung und Beruf
- 10.2 Arbeitswelt im Wandel
- 10.3 Soziale Sicherung
- 10.4 Recht
- 10.5 Soziale Beziehungen

Jahrgangsstufe 11

- 11 Demokratie in der Bundesrepublik
Deutschland
- 11.1 Staatsziele und Staatsordnung
- 11.2 Der politische Entscheidungsprozess
- 11.3 Repräsentation und Wahl
- 11.4 Politik und Partizipation
- 11.5 Deutschland in Europa

Jahrgangsstufe 12

- 12.1 Wirtschaft und Wirtschaftspolitik
- 12.2 Lebens- und Zukunftssicherung durch
ökologisch nachhaltige Entwicklung
- 12.3 Internationale Beziehungen

LEHRPLAN

SOZIALKUNDE

Fachprofil:

„Demokratien sind nur lebensfähig, wenn sie von ihren Bürgern verstanden werden.“ (G. Sartori) – „Der demokratische Rechtsstaat lebt vom mündigen Mitdenken und Mitun seiner Bürgerinnen und Bürger und ihrer Bereitschaft, sich selbst- und sozialverantwortlich ein Urteil zu bilden, in der Verfassung normierte Regeln und Werte zu respektieren und sich für sie zu engagieren.“ („Münchener Manifest“ vom 26. Mai 1997)

Der Sozialkundeunterricht in der Berufsschule und Berufsfachschule dient einer politischen Bildung in diesem Sinn. Er hilft den Schülerinnen und Schülern auf dem Weg zur Orientierung in Gesellschaft und Staat und motiviert sie zur aktiven Teilhabe. Sie sollen die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland in ihren wesentlichen Einrichtungen, Strukturen und Grundprinzipien kennen lernen und die öffentlichen Institutionen in ihrer Funktionsweise verstehen. Sie erkennen dabei den Zusammenhang von Problemstellungen ihrer Lebenswirklichkeit mit gesellschaftlich-politischen Entwicklungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

Sozialkundeunterricht darf nicht auf der Ebene reiner Wissensvermittlung stehen bleiben. Er soll den Schülern die Fähigkeit zu verantwortlicher und wertgebundener Entscheidung vermitteln. Sie sollen lernen, ihre eigenen Standpunkte rational und nachvollziehbar zu begründen und die ihnen zugrunde liegenden Wertmaßstäbe darzulegen. In der Auseinandersetzung mit gegensätzlichen Meinungen reflektieren die Schüler ihre eigenen Interessen und Einstellungen. Sie lernen, Konflikte und Kontroversen als Wesensmerkmale einer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaft zu akzeptieren. Der Unterricht bietet ein breites Meinungsspektrum und fordert zur eigenen Meinungsbildung heraus.

Der beruflichen und privaten Lebenssituation, den Vorerfahrungen und den Interessen im späteren Jugendalter entsprechend, richtet der Lehrplan den Blick bewusst auf Lerngebiete, die den Schülerinnen und Schülern eigene Handlungsperspektiven eröffnen: Arbeit und Beruf, Soziale Sicherung, Soziale Beziehungen, Medien, Kirche, Kultur, Politik in der Gemeinde, Umweltschutz. Auch bei den vom individuellen Erleben fernerer Politikfeldern gilt es, den Zusammenhang zur Alltagswelt der Lernenden sichtbar zu machen. Dies soll ihr politisches Interesse wecken und die Bereitschaft zum Engagement anbahnen. Sie entdecken Mitwirkung s-

möglichkeiten und entwickeln ein Bewusstsein ihrer Rolle als Bürger einer modernen Gesellschaft. In der Mitwirkung an der Gestaltung von Unterricht und Schulleben üben sie demokratische Verhaltensweisen ein, entwickeln ein Bewusstsein ihrer Mitverantwortung und gewinnen Interesse an der Beteiligung an öffentlichen Angelegenheiten. Eine offene und lebendige Unterrichtsgestaltung, die sich an der Aktualität orientiert und auch affektive Ziele verfolgt, leistet hierzu einen wesentlichen Beitrag.

Ein Sozialkundeunterricht, der Schülerinnen und Schüler zukunftsfähig machen will, muss den Blick auf die großen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen und Herausforderungen unserer Zeit richten: Veränderungen der Arbeitswelt und der Bevölkerungsentwicklung, soziale Gerechtigkeit, Umweltzerstörung, Globalisierung, Verletzung der Menschenrechte und Bedrohung des Weltfriedens durch Extremismus, Terrorismus und Unterentwicklung. Diese Problemfelder sollen als Aufforderung zur Suche nach Lösungen im Sinne einer menschenwürdigen Daseinsbewältigung verstanden werden.

Dem Ziel politischer Handlungs- und Urteilsfähigkeit folgend, orientiert sich der Lehrplan an den Grundsätzen eines problem- und handlungsorientierten Unterrichts: Bei der Bearbeitung exemplarischer aktueller Konflikte und Problemstellungen gewinnen die Lernenden Einsicht in die Inhalte und Aufgaben der Politik sowie Verständnis für die schwierigen Prozesse der Entscheidungsfindung und Entscheidungsdurchsetzung. In der aktiven Auseinandersetzung mit den Gegenständen lernen sie, selbstständig Informationen zu ermitteln und zu verarbeiten und sich dabei der Möglichkeiten der neuen Medien zu bedienen. Sie gewinnen fachspezifische Kategorien zur Analyse und Beurteilung auch komplexerer Fragestellungen und erwerben dadurch die Fähigkeit zum rationalen und wertgebundenen Urteil. Wissensvermittlung ist deshalb nicht Selbstzweck, sondern dient stets dem Problemverständnis und der Urteilsfähigkeit. Die Hinweise zum Unterricht gehen von diesem problem- und handlungsorientierten Ansatz aus und bieten der Lehrkraft Anregungen für solch ein Vorgehen.

Unterricht, der auf informiertes, rationales und wertgebundenes Urteilen zielt, muss den Schülerinnen und Schülern Situationen schaffen, diese Fähigkeiten zu erlernen und einzuüben. Dem entspricht eine an Selbsttätigkeit orientierte Unterrichtsmethodik mit aktivierenden Arbeitsweisen und Unterrichtsverfahren, die die Handlungs- und Problemlösungskompetenz der Lernenden fördert und dadurch zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen beiträgt.

Schlüsselqualifikationen werden vernetzt und in Zusammenhängen erlernt: Fach-, Sozial- und Methodenkompetenzen werden erworben beim selbsttätigen methodischen Lösen von fachlichen Problemen in sozialer Interaktion mit anderen. Sozialverhalten, Teamfähigkeit und Kooperationsfähigkeit sollen jedoch auch in einer thematisch eigenständigen Unterrichtseinheit (vgl. LZ 10.5) sowie immer dann gezielt gefördert werden, wenn sich Konflikte oder Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit der Klasse zeigen.

Jahrgangsstufe 10

- Lerngebiete:
- 10.1 Ausbildung und Beruf
 - 10.2 Arbeitswelt im Wandel
 - 10.3 Soziale Sicherung
 - 10.4 Recht
 - 10.5 Soziale Beziehungen

LERNZIELE	LERNINHALTE	HINWEISE ZUM UNTERRICHT
10.1 Ausbildung und Beruf		
Die Schüler erkennen die Notwendigkeit für einen Ordnungsrahmen der Ausbildung im Dualen System und lernen wesentliche Bestimmungen kennen. Sie beschreiben grundlegende Inhalte und Möglichkeiten der Durchsetzung arbeitsrechtlicher Vereinbarungen und setzen sich mit aktuellen Entwicklungen des Arbeitsrechts auseinander. Sie berichten über wichtige tarifvertragliche Regelungen und ihr Zustandekommen. Sie beurteilen die Schwierigkeit eines Interessenausgleichs zwischen den Sozialpartnern. Sie wissen über die Mitbestimmungs- und Mitwirkungs-möglichkeiten der Arbeitnehmer Be-	<p>Duales Ausbildungssystem BBlG, Berufsausbildungsvertrag Jugendarbeitsschutzgesetz</p> <p>Arbeitsvertrag Schutzbestimmungen im Arbeitsrecht, z. B. Kündigung, Mutterschutz, Arbeitszeit</p> <p>Arbeitsgerichtsbarkeit</p> <p>Tarifliche Regelungen und ihr Zustandekommen: Tarifautonomie; Tarifpartner; Tarifver-</p>	<p>Anknüpfen an den Ausbildungsvertrag der Schüler Vergleich mit einem Ausbildungsvertrag um das Jahr 1900 oder Ausbildungsverhältnissen in anderen Ländern BFS: Thematisierung der besonderen Ausbildungssituation</p> <p>Abgleich mit Wirtschaftsfächern bzw. entsprechenden Lernfeldinhalten</p> <p>Rollenspiele / Fallbeispiele</p> <p>Auswertung von Tarifverträgen Berichterstattung über aktuelle Tarifverhandlungen und</p>

scheid.

handlungen; Tarifverträge; Mittel, Ablauf, Strategien des Arbeitskampfes

Entwicklungen im Tarifrecht

Betriebsverfassungsgesetz bzw. Personalvertretungsgesetz: Rechte, Wahl, Zusammensetzung des Betriebsrats und der Jugendvertretung

Abgleich mit Wirtschaftsfächern bzw. entsprechenden Lernfeldinhalten
Anknüpfen an betriebliche Erfahrungen der Schüler

10.2 Arbeitswelt im Wandel

Die Schüler erkennen den Wandel der Arbeitswelt und die dafür verantwortlichen Ursachen. Sie diskutieren Auswirkungen auf die individuellen Erwerbsbiographien sowie auf die Gesellschaft. Sie lernen Strategien zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und die Anforderungen an den Einzelnen kennen und setzen sich mit ihnen auseinander. Sie ziehen Rückschlüsse auf ihr persönliches Handeln.

Technologischer und betriebsorganisatorischer Wandel

Zusammenarbeit mit Deutsch, Religion / Ethik
Fallstudien

Verlagerung von Arbeitsplätzen durch Globalisierung

Veränderung in der Form der Arbeitsverhältnisse, z. B. häufiger Wechsel von Arbeitsplatz und Beruf, geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit

Expertenbefragung (Arbeitsvermittlung)

Problematik „Schattenwirtschaft“

Auswertung aktueller Medienberichte und Wirtschaftsstatistiken

Arbeitslosigkeit und die Folgen für Individuum und Gesellschaft

Auswertung von Statistiken unter besonderer Berücksichtigung regionaler Beschäftigungsstrukturen bzw. der Arbeitsmarktsituation von Jugendlichen

Arbeitsmarktpolitische Konzepte und Maßnahmen

Auseinandersetzung mit aktuellen Regierungsmaßnahmen und Arbeitsmarktkonzepten

Anforderungen an den Einzelnen, z. B.
- Flexibilität, Mobilität, LeistungsbereitschaftAnalyse von Stellenanzeigen
Hinweis auf Ausbildungs- und Austauschprogramme

- qualifizierte schulische und berufsbildende Abschlüsse
- Erwerb von Schlüsselqualifikationen
- Bereitschaft zum lebenslangen Lernen

der EU
Recherchen zu Fortbildungsangeboten der Kammern, Innungen, Gewerkschaften, VHS u. a.

10.3 Soziale Sicherung

** Die Schüler gewinnen Einblick in die geschichtliche Entwicklung der sozialen Sicherung in Deutschland. Sie lernen die Grundzüge des sozialen Sicherungssystems der Gegenwart kennen und erfassen dabei seine Bedeutung für Individuum und Gesellschaft. Im Bewusstsein der Krise der sozialen Sicherungssysteme bewerten die Schüler aktuelle Lösungsstrategien in einer sich wandelnden Gesellschaft. Sie schätzen die Zukunftsaussichten ihrer eigenen sozialen Sicherheit ein und erkennen die Bedeutung einer privaten Vorsorge. * Sie lernen Möglichkeiten kennen sich freiwillig zu versichern und beurteilen den Sinn von Individualversicherungen.*

Soziale Sicherung:

- Bedeutung, Arten, Träger
- Beitragsregelungen, Leistungen
- Prinzipien (Subsidiarität, Solidarität, „Generationenvertrag“)
- Organisationsformen (Fürsorge, Vorsorge, Versorgung)

Krisenursachen, z. B. demographischer Wandel, Massenarbeitslosigkeit, Kostenexplosion

Maßnahmen der Sozialpolitik
Aktuelle Reformkonzepte

Möglichkeiten der privaten Absicherung und der staatlich geförderten privaten Vorsorge

** Individualversicherungen, z. B. Erwerbs-/ Berufsunfähigkeits-, Haftpflicht-, Unfall-, Lebensversicherung*

Lernzirkel Sozialversicherungen

Abgleich mit Wirtschaftsfächern und entsprechenden Lernfeldinhalten

Analyse von Schaubildern und Statistiken

Vergleich der sozialen Sicherung heute und früher
Vergleich mit der sozialen Sicherung in Ländern ohne Sozialstaatstradition (z. B. USA)

Auswertung aktueller Medienberichte

Berechnung einer „Riesterrente“ im Internet

Wertentwicklung von Aktien und Sparverträgen

** An Fallbeispielen wird die Notwendigkeit freiwilliger Versicherungen verdeutlicht, aber auch das Problem der Überversicherung beleuchtet.*

10.4 Recht

Die Schüler gewinnen Einsicht in die grundsätzliche Bedeutung des Rechts für das Zusammenleben in Gesellschaft und Staat. ** Sie erkennen vorstaatliches Recht als Grundlage für Rechtsnormen. Sie verschaffen sich einen Überblick über die Einrichtungen der Rechtsprechung* und erfassen, dass ihre rechtliche Verantwortung mit dem Alter zunimmt. Sie erfahren den Ablauf eines Strafverfahrens und beurteilen, warum im Jugendstrafrecht das Prinzip der Resozialisierung im Vordergrund stehen muss. ** Sie lernen Formen der außergerichtlichen Einigung kennen.*

Aufgaben und Ordnungsprinzip des Rechts
Regelung von Ansprüchen und Verpflichtungen
Individuelle Freiheit, deren Sicherung und Begrenzung

** Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung, der Rechtssprechung an Gesetz und Recht*

** Ordentliche und besondere Gerichtsbarkeit, Zivilprozess*

Rechts- und Geschäftsfähigkeit, Delikt- und Strafmündigkeit des Jugendlichen

Ablauf Strafprozess
Besonderheiten des Jugendstrafrechts

** Schlichtungsverfahren, Mediation*

Konfrontation der Schüler mit anarchischen Zuständen in aktuellen Krisengebieten

** Aktuelle Beispiele, ausgehend von einer Rechtsvorschrift aus dem Alltagsleben der Schüler*

** Systematische Darstellung, Schaubild*

Fallbeispiele

Besuch oder Simulation einer Gerichtsverhandlung
Kontakte mit der Jugendgerichtshilfe usw.
Gespräch mit dem Jugendrichter

** Vgl. LZ 10.5: Soziale Beziehungen
Rollenspiele, Expertenbefragung*

10.5 Soziale Beziehungen

Die Schüler lernen Sozialisationsinstanzen kennen und verstehen deren Bedeutung für ihre eigene Biographie. Sie erkennen die Komplexität sozialer Prozesse und üben prosoziale Verhaltensweisen ein. Sie schätzen die Ehe und Familie als tragende Elemente unserer Gesellschaft und setzen sich mit deren Situation in der modernen Gesellschaft auseinander.

Persönlichkeitsentwicklung durch soziale Interaktion in Familie, Peer-Group, Schule, Betrieb, Verein, Kirche

Konflikte und Gewalt als Folgen widersprüchlicher Rollenerwartungen, Interessen- und Wertvorstellungen

** Methoden zur Verhinderung bzw. Beilegung von Konflikten, z. B. aktives Zuhören, Ich-Botschaften formulieren, andere Meinungen respektieren und akzeptieren*

Aufgaben der Familie:

- Reproduktion
- Erziehung (Erziehungsstile)
- Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse

Rechtsstellung der Familie:

- Schutz der Ehe und Familie im Grundgesetz
- Rechtsbeziehungen in der Familie, z. B. eheliches Güterrecht, Unterhaltspflicht, Namensrecht, Grundsätze des Erbrechts

Konfrontation mit Negativbeispielen, z. B. Kaspar Hauser, Hospitalismus

Rollenspiele zu Konflikten aus der Lebenswelt der Schüler
 Expertengespräch mit Jugendpolizisten
 Arbeit mit Handreichungen zur Gewaltprävention
 Analyse medialer „Vorbilder“

** Fächerübergreifendes Arbeiten in Verbindung mit Deutsch, Religion / Ethik
 Projekt: Ausbildung von Streitschlichtern*

Berücksichtigung der „Richtlinien für die Familien- und Sexualerziehung in den bayerischen Schulen“, des Religions- und Ethiklehrplans

Expertengespräch mit einem Anwalt für Familienrecht

Herausforderungen an Familie und Gesellschaft, z. B.

- veränderte Geschlechterrollen
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Kinder als Armutsrisiko
- neue Formen der Partnerschaft und des Zusammenlebens

Maßnahmen staatlicher Familienpolitik, z. B.

- Transferleistungen, Steuerpolitik
- Elternzeit, Kinderbetreuung

Auswerten von Interviews, Fallbeispielen, Texten und Statistiken, ggf. in Zusammenarbeit mit Deutsch
Einladung einer Gleichstellungsbeauftragten

Recherche im Internet

SOZIALKUNDE, Jahrgangsstufe 11

- Lerngebiete: 11 Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland
 11.1 Staatsziele und Staatsordnung
 11.2 Der politische Entscheidungsprozess
 11.3 Repräsentation und Wahl
 11.4 Politik und Partizipation
 11.5 Deutschland in Europa

LERNZIELE

LERNINHALTE

HINWEISE ZUM UNTERRICHT

11 Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland**11.1 Staatsziele und Staatsordnung**

Ausgehend von ihren eigenen Bedürfnissen und Anforderungen an Gesellschaft und Staat sehen die Schüler den Sinn und die Notwendigkeit staatlicher Ordnung ein und entwerfen die Grundzüge einer menschenwürdigen politischen Ordnung. Sie erkennen die Wertgebundenheit der staatlichen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland an und verstehen die Verfassungsprinzipien des Grundgesetzes. Sie sehen die Bedeutung der freiheitlich-

Staatsaufgaben:

- äußere und innere Sicherheit (Friedenssicherung, Gewaltmonopol), öffentliche Ordnung
- Wahrung und Fortentwicklung der Rechtsordnung
- Sicherung sozialer Mindeststandards
- Bemühen um die Förderung wirtschaftlicher Entwicklung
- funktionierende Verwaltung
- Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen

Schüler- und handlungsorientierter Zugang zum Thema, z. B. Simulation einer Staatsgründung („Schiffbrüchigenexperiment“) oder „Utopiespiel“: Was soll und kann der Staat leisten?

demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ein und setzen sich mit extremistischen Strömungen auseinander. Sie begreifen deren Entstehungsursachen und entwickeln eine rational begründete und wertgebundene Einstellung zu diesen Bestrebungen.

Die Bundesrepublik als wertgebundener, freiheitlicher, demokratischer Staat:
 - Menschenbild des GG
 - Grundrechte: Inhalte und Funktionen, Stellung im Rechtssystem, * *Natur- und Menschenrechtstradition*

Grundzüge des GG:

- Gewaltenteilung (vertikal und horizontal)
- Möglichkeiten der Machtkontrolle
- Sozialstaatlichkeit, Rechtsstaatlichkeit, Bundesstaatlichkeit und Demokratie als besonders gesicherte Strukturprinzipien
- abwehrbereite Demokratie

Gefahren für die Demokratie, z. B. Links- und Rechtsextremismus, demokratiefeindliche Sekten

Gemeinsame Merkmale extremistischer Bewegungen

SRP-Urteil des BVerfG
 Diskussion aktueller Grundrechtsverletzungen
 Arbeit mit dem GG
 Abstimmung mit Religion / Ethik

Projekt „Produktion einer Staatsverfassung“:

1. Gruppenarbeit arbeitsteilig
 - Welche Grundrechte sollen den Bürgern garantiert sein?
 - Wie sollen die Bürger mitwirken?
 - Organe / Staatsaufbau
 - Wie wird der Missbrauch staatlicher Gewalt verhindert?
2. Vergleich mit GG und GG-Kommentar zu Art. 1, Art. 20, Art. 79(3)
3. Generalisation und Begriffsbildung zu den Grundprinzipien des GG

Aufgreifen historischer und aktueller Beispiele (Nationalsozialismus, Kommunismus; Radikalismus heute, v. a. bei Jugendlichen)

Arbeit mit Verfassungsschutzbericht und aktuellen Medien
 Abstimmung mit Religion / Ethik, s. a. LZ 12.3

11.2 Der politische Entscheidungsprozess

Die Schüler entdecken an kommunalen Problemen aus ihrem Erfahrungsbereich die Gemeinde als politisches Handlungsfeld. Sie lernen den föderativen Staatsaufbau kennen und setzen sich mit ihm auseinander. Sie untersuchen den Prozess der politischen Entscheidung am Beispiel eines aktuellen Streitfalles. Sie finden die an der politischen Willensbildung beteiligten Gruppen, deren Interessen, politischen Vorstellungen und Einflussmöglichkeiten heraus und begreifen dabei auch die Zuständigkeiten und Funktionen der staatlichen Institutionen. Sie gewinnen so generalisierbare Einsichten in Politik und sie üben, sich ein begründetes und wertgebundenes Urteil zu bilden.

Die politische Gemeinde:

- Aufgaben
- Aufbau
- Entscheidungsprozesse

Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland:

- Sinn bundesstaatlicher Ordnung (Bürgernähe, Subsidiarität, Gewaltenteilung)
- Strukturen und Aufgabenverteilung
- Probleme des Föderalismus
- Stellung Bayerns im Bund

Entstehung eines Gesetzes:

- konkreter Konflikt
- Interessen und ihre Lobby
- Ziele und Vorstellungen der Parteien
- öffentliche Meinung / Medien
- oberste Bundesorgane
- Gesetzgebungsweg

Planspiel: Modellhafte Simulation eines aktuellen Streitfalles (Schüler spielen die beteiligten politischen Gruppen und Institutionen.)

Konfrontation der Schüler mit dem Zentralismus im Nationalsozialismus und der DDR
An ausgewählten Politikfeldern (z. B. Schulpolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik) und Gesetzgebungsverfahren werden das Verhältnis von Bund und Ländern sowie Chancen und Probleme des Föderalismus herausgearbeitet.

Exemplarische Konfliktanalyse:

1. Untersuchung des Konflikts
2. Urteilsbildung (begründete Entscheidung auf der Grundlage von wertgebundenen und einsehbaren Maßstäben)
3. Handeln (Nachdenken über staatliche und eigene reale Handlungsmöglichkeiten)

Wesentliche Informationen zur Institutionenkunde sollten als Lehrgang in die Konfliktanalyse eingeschoben werden.

11.3 Repräsentation und Wahl

Die Schüler verstehen Notwendigkeit und Funktionsweise der repräsentativen Demokratie in der modernen Massengesellschaft. Sie lernen Merkmale der Wahlen kennen und erfassen ihre Bedeutung. * *Sie analysieren moderne Wahlkämpfe und die mit ihnen verbundenen Strategien. Sie nehmen Fehlentwicklungen zum Anlass für eine kritische Analyse von Wahlaussagen und für eine sachbezogene Betrachtung von Politik.* Sie erkennen die Bedeutung einer unabhängigen Berichterstattung und nutzen die vielfältigen Informationsmöglichkeiten zur eigenständigen und kritischen Meinungsbildung.

Repräsentation:

- direkte und repräsentative Demokratie
- Wahl als Machtübertragung auf Zeit
- Grundsätze und Merkmale demokratischer Wahlen, Wahlsysteme
- Stellung des Abgeordneten
- Aufgaben, Stellung und Finanzierung der Parteien

* *Entwicklung zur Medien- und Stimmungsdemokratie:*

- *Personalisierung von Politik*
- *Populismus und „Vermarktung“ von Politik*

Medien in der Demokratie:

- Massenmedien als Bedingung von Demokratie
- Grundrecht Pressefreiheit
- Gefahren für die politische Meinungsbildung, z. B. Medienkonzentration, „Boulevardisierung“ der politischen Berichterstattung

Vergleich mit direkter Demokratie

Diskussion der Forderung nach Verankerung plebisziärer Verfassungskomponenten (vgl. LZ 11.4)
Entdeckung der Grundsätze einer demokratischen Wahl an der Klassensprecherwahl
Diskussion des Problems der Fraktionsdisziplin
Arbeit mit Artikel 21 und 38 GG und dem Parteiengesetz

* *Analyse einer aktuellen Wahl, der Wahlaussagen und Wahlkampfstrategien der Parteien (Wahlprogramme, Medien, Plakate usw.), der Wahlbeteiligung und des Wählerverhaltens in Zusammenarbeit mit Deutsch*

Analyse der aktuellen politischen Berichterstattung in den Massenmedien in Zusammenarbeit mit Deutsch

11.4 Politik und Partizipation

Die Schüler werden sich ihrer eigenen Einstellungen über Politik, Parteien und Politiker bewusst und setzen sich kritisch damit auseinander. Sie verstehen und akzeptieren die Grundsätze einer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaftsordnung. Sie erkennen die Bedeutung demokratischer Verhaltensweisen für das öffentliche Leben und üben diese ein. Sie entdecken Mitwirkungsmöglichkeiten in Gesellschaft und Staat und entwickeln ein Bewusstsein ihrer Rolle als Bürger.

Akzeptanz von Politik:

- eigene Vorstellungen von Politik und Demokratie
- Politikverdrossenheit

Pluralistische Ordnung:

- Existenz konkurrierender Interessen und Wertvorstellungen
- Notwendigkeit der Organisation von Interessen (Bündeln – Filtern – Durchsetzen)
- Spannung von Solidarität und Eigenverantwortung
- demokratische Tugenden, z. B. Toleranz, Konflikt- und Kompromissfähigkeit, Anerkennung des Mehrheitsprinzips, Minderheitenschutz

Partizipation an der Willensbildung, z. B.

- Mitwirkung in Schule und Betrieb
- Engagement in Vereinen, Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen und Verbänden
- Beteiligung an Wahlen in Gesellschaft und Staat
- Bürgerinitiativen
- Bürgerbegehren/-entscheid
- Volksbegehren/-entscheid
- Mitarbeit in einer Partei
- Übernahme eines Mandats

Artikulation und Sammlung eigener Einstellungen (z. B. Kartenabfrage), Objektivierung durch Vergleich mit Jugendstudien und Medienberichten

Demokratische Verhaltensweisen werden als Regeln gemeinsam erarbeitet und z. B. bei der gemeinsamen Planung einer Schulveranstaltung eingeübt.

Projekt zu einem realen aktuellen Problem oder Konflikt in der Lebenswelt der Schüler
Besuch einer politischen Veranstaltung

11.5 Deutschland in Europa

Die Schüler reflektieren ihr eigenes Verhältnis zur EU. Sie verstehen die historischen Triebkräfte für die Gründung und Entwicklung der EU und erkennen die Chancen, die sich aus der europäischen Einigung ergeben. ** Sie gewinnen Einblick in die Funktionsweise und Institutionen der EU. Sie erkennen das Spannungsfeld widersprüchlicher innenpolitischer sowie unterschiedlicher nationaler und europäischer Interessen.* Sie untersuchen die Auswirkungen des europäischen Einigungsprozesses im nationalen und internationalen Bereich, setzen sich mit den aktuellen Bestrebungen und Widerständen einer Vertiefung und Erweiterung der EU auseinander und gelangen zu einem begründeten eigenen Urteil.

Einstellungen, Ängste und Erwartungen der Schüler gegenüber der EU

Der europäische Einigungsprozess:

- Motive und Ziele
- wichtige Schritte und Verträge

** Institutionen und Entscheidungsprozesse in der EU am Beispiel eines ausgewählten Politikfelds mit Bezug zur Lebenswirklichkeit der Klasse*

Auswirkungen des europäischen Einigungsprozesses und Zukunftsperspektiven:

- Übertragung nationaler Souveränitätsrechte
- Spannungsverhältnis zwischen Regionalismus, Nationalgedanke und Europaidee
- von der Wirtschaftsunion zur politischen Union, EU-Verfassung
- Probleme und Folgen der EU-Erweiterung

Sammlung der Beiträge, z. B. mit Moderationskarten, Schreibgespräch
„Zukunftswerkstatt“
Geschichtliche Darstellung im Überblick anhand von Schaubildern, ggf. Konkretisierung mit Quellentexten, Filmen o. Ä.

** Auswerten von Schaubildern zu den EU-Institutionen
Fallstudie
Arbeit mit Medienberichten*

Veranschaulichung durch aktuelle Beispiele
Erarbeitung der gegensätzlichen Interessenpositionen mit Hilfe von Medienberichten
Urteilsbildung durch Pro-und-Contra-Debatte und Planspiel

SOZIALKUNDE, Jahrgangsstufe 12

- Lerngebiete: 12.1 Wirtschaft und Wirtschaftspolitik
 12.2 Lebens- und Zukunftssicherung durch ökologisch nachhaltige Entwicklung
 12.3 Internationale Beziehungen

LERNZIELE

LERNINHALTE

HINWEISE ZUM UNTERRICHT

12.1 Wirtschaft und Wirtschaftspolitik

Die Schüler erkennen das Missverhältnis zwischen marktwirtschaftlichem Angebot und eigenem verfügbarem Einkommen. Sie setzen sich mit ihrer Rolle als Verbraucher auseinander, sehen mögliche Gefahren unkontrollierten Konsums und erkennen die rechtlichen Folgen von Verträgen. * Sie beschreiben die Ziele eines Unternehmens und beurteilen die Übereinstimmung von Betriebszweck und Gemeinwohl. Sie erhalten einen Überblick über die wichtigsten Rechtsformen der Unternehmen und beschreiben die wesentlichen Merkmale und Grundwerte der sozialen Marktwirtschaft. Sie erkennen die Notwendigkeit

Bedürfnisse – Bedarf – Werbung
 Rechte und Verpflichtungen in Verträgen, z. B. Kaufvertrag/Ratenkaufvertrag, Leasing, Mietvertrag
 Verbraucherschutz

* *Betriebliche Ziele (Gewinn- und Nutzenoptimierung) und Allgemeinwohl*

Rechtsformen der Unternehmen:
 Einzelunternehmung, GmbH, OHG, AG

Kennzeichen der sozialen Marktwirtschaft
 Spannungsverhältnis zwischen Staat und Markt
 Bedeutung von Markt und Wettbewerb für Volkswirtschaft und Verbraucher

Problemanalyse „Verschuldeter Jugendlicher“
 Besuch einer Verbraucherzentrale
 Einladung eines Schuldnerberaters
 Abgleich mit Wirtschaftsfächern bzw. mit entsprechenden Lernfeldinhalten

* *Diskussion wirtschaftsethischer Fragen in Zusammenarbeit mit Religion / Ethik und Deutsch*

Planspiel: Gründung eines Unternehmens im Berufsfeld mit Hilfe von Informationsmaterial von HWK und IHK

Arbeiten mit aktuellen Wirtschaftsberichten
 Vergleich mit Planwirtschaft und freier Marktwirtschaft

und Grenzen von Markt und Wettbewerb. Sie kennen die Hauptziele der Wirtschaftspolitik und setzen sich mit Zielkonflikten auseinander. Ausgehend von der aktuellen Wirtschaftslage interpretieren sie die Merkmale eines Konjunkturzyklus und beurteilen die Möglichkeiten der staatlichen Konjunkturpolitik. Ihnen wird bewusst, dass die Kaufkraft ihres Geldes abhängig von der Wirtschaftslage ist, und sie gewinnen Einblick in die Geldpolitik. Sie sehen ein, dass die deutsche Wirtschaft und die Wirtschaftslage im hohen Maß vom Zusammenwachsen des europäischen Marktes und der Globalisierung geprägt werden, und erkennen Chancen und Risiken der Globalisierung.

Magisches Vieleck und Probleme bei seiner Verwirklichung
Phasen des Konjunkturverlaufs
Instrumente der Konjunkturpolitik

Inflation und Deflation, Binnen- und Außenwert des Euros

Eurozone
Wesentliche Instrumente und Aufgaben der EZB: Einwirkung auf Geldmenge, Bestimmung des Zinsniveaus

Außenhandel und Außenhandelspartner
* *Zahlungsbilanz*
Internationale Wirtschaftsorganisationen
Dimensionen der Globalisierung
Globalisierung in der Kritik

Diskussion: Mehr Markt oder mehr Staat?

Arbeit mit aktuellen Konjunkturberichten, Diskussion kontroverser Standpunkte und Konzepte

Ausgehend von persönlichen Erfahrungen der Schüler mit dem Euro, z. B. Benzinpreis
Internetrecherche zur Kaufkraft im In- und Ausland

Kartenarbeit zur Eurozone
Auswertung der Monatsberichte der EZB
Simulation einer Auto- und Immobilienfinanzierung

Auswertung von aktuellen Statistiken und Medienberichten
Auseinandersetzung mit Argumenten der Befürworter und Gegner der Globalisierung
Podiumsdiskussion oder Fishbowl
(Vgl. LZ 10.1)

12.2 Lebens- und Zukunftssicherung durch ökologisch nachhaltige Entwicklung

Die Schüler erkennen die zunehmende Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen und deren wesentliche Ursachen und Folgen. Sie erfassen, dass Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt werden sollen, ohne dass nachfolgende Generationen in ihrer Bedürfnisbefriedigung beeinträchtigt werden. Sie leisten eigene Beiträge zum Umweltschutz und erkennen dabei die Bedeutung eines ökologisch bewussten Verbraucherverhaltens für Individuum, Produktion und Umwelt. Sie sehen die Notwendigkeit politischer Vorgaben zum Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen ein ** und setzen sich mit Maßnahmen des staatlichen Umweltschutzes auseinander.*

Zentrale Umweltprobleme, ihre Ursachen und Auswirkungen auf Gesundheit, Lebensraum und Volkswirtschaft

Prinzip der Nachhaltigkeit

Individuelle Handlungsmöglichkeiten, z. B. Kauf ökologisch erzeugter Produkte, Müllvermeidung, Energieeinsparung

** Nationale und internationale Umweltschutzmaßnahmen*

Herstellen aktueller, betrieblicher, regionaler Bezüge; Abstimmung mit entsprechenden Inhalten anderer Fächer

Expertenbefragung, Unterrichtsgang

Szenariotechnik

Arbeit mit Statements (z. B. Häuptling Seattle)

Exkursion zu ökologisch orientierten Lebens- und Wirtschaftsmodellen

Sammlung von Informationen über ökologisch orientierte Produzenten und Vertriebsstellen in der Region
Projekte in der Schule, z. B. zur Energieeinsparung, Verwendung alternativer Energien, Müllvermeidung, Ernährung

Organisation einer Ausstellung

Zusammenarbeit mit lokalen Arbeitsgruppen der Agenda 21

** Auseinandersetzung mit aktuellen Medienberichten
Diskussion kritischer Argumente der Umweltschutzverbände*

12.3 Internationale Beziehungen

Die Schüler lernen die Grundstrukturen der internationalen Politik kennen und berücksichtigen dabei die Rolle der EU und Deutschlands. Sie analysieren internationale Konflikte und beurteilen Maßnahmen

Grundstrukturen der internationalen Politik am Beispiel eines aktuellen Konflikts:

- Konfliktparteien und deren Beweggründe
- Machtverhältnisse
- Verlauf des Konflikts

Analyse eines aktuellen Konflikts anhand von Medienberichten

Vergleich der aktuellen Bedrohungssituation mit der vor 1989/90

Diskussion der Außenpolitik der Bundesrepublik und

zur Sicherung des Friedens und zur Wahrung der Menschenrechte. Sie sehen die Merkmale und Ursachen von Unterentwicklung und verstehen diese als existenzielle Herausforderung der Weltpolitik. Sie setzen sich mit Sinn und Grundfragen von Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit auseinander und erfassen den Zusammenhang mit ihrem eigenen Leben.

- Mittel des Krisenmanagements
 - Funktion, Ziele und Möglichkeiten von UN und NATO
 - Rolle von EU und Deutschland
- Unterentwicklung als Herausforderung für die Weltpolitik:
- ökonomische, ökologische, soziokulturelle, historische und politische Probleme als Ursachen für Unterentwicklung
 - Auswirkungen von Unterentwicklung auf die internationale Staatengemeinschaft und Deutschland, z. B. Wanderungsbewegungen, Terrorismus, wirtschaftliche Folgen
 - ethische, soziale, politische, ökologische und wirtschaftliche Gründe für Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit
 - Konzepte und Maßnahmen der Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit, z. B. Idee der Einen Welt, nachhaltige Entwicklung

der Rolle der Bundeswehr, z. B. mit dem Jugendoffizier

- Durchführung eines Projekts oder Projekttags in Zusammenarbeit mit Religion / Ethik und Deutsch
- Auswertung themaspezifischer Karten und Statistiken, ggf. im Internet
- Fallbeispiel: Analyse der Probleme eines Landes oder einer Region
- Expertengespräch mit Vertretern von Organisationen der Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit oder Flüchtlingsinitiativen
- Interviews mit geflüchteten Menschen
- Gestaltung einer Ausstellung in der Schule
- Analyse erfolgreicher Projekte der Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit

ANHANG

Mitglieder der Lehrplankommission:

Georg Brenauer	BS Marktoberdorf
Ulrike Rattke	BS Erding
Reiner Sagstetter	BS I, BOS mit BFS Landshut
Maria Sommerer	BS mit BFS Freising
Eckhard M. Spannraft	Universität Erlangen-Nürnberg
Hermann Ruch	ISB, München